

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

11 (13.1.1951)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Samstag, den 13. Januar 1951

Nr. 11

„Unentschieden“ in Berlin

Gleiche Stimmzahl für Reuter und Schreiber
Berlin (UP). Die geheime Abstimmung bei der Wahl des regierenden Bürgermeisters von Westberlin ergab Stimmgleichheit für Ernst Reuter (SPD) und Walther Schreiber (CDU). Jeder erhielt 62 Stimmen. Reuter muß Gemäch zwei Stimmen von den bürgerlichen Parteien erhalten haben.

Der Ältestenrat des Abgeordnetenhauses hat Reuter und Schreiber daraufhin beauftragt, noch einmal die Möglichkeiten einer Regierungsbildung auf der Basis der großen Koalition zu untersuchen und den Fraktionen Vorschläge für ein Regierungsprogramm und die Zusammensetzung des Senats zu unterbreiten. Der Präsident des Stadtparlamentes Dr. Suhr teilte mit, daß hinsichtlich der Stimmgleichheit nicht, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, das Los entscheiden würde.

„Könnte ein Marsmenschen...“

Kirkpatrick fordert deutsche Entscheidung

Hamburg (UP). Der britische Hohe Kommissar Sir Ivone Kirkpatrick entwarf in einer Rede vor dem Überses-Klub in Hamburg ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen schwierigen Situation Europas zwischen den beiden neuen Weltmächten und forderte in diesem Zusammenhang die Deutschen auf, diese Lage zu erkennen und sich zu entscheiden, ob sie sich dem Westen anzuschließen wünschten oder nicht. Die Entscheidung müsse unabweisbar sein.

Wenn sich Deutschland für den Westen entscheidet, müsse es sich darüber klar sein, daß eine „völlig veränderte Einstellung in der Betrachtung der Dinge“ nötig sei. Im gegenwärtigen Zeitpunkt mache sich das deutsche Volk noch keinen rechten Begriff von den Opfern, die diese Partnerschaft erfordere.

„Könnte ein Marsmenschen“, so sagte der Hohe Kommissar u. a., „deutsche Zeitungen lesen, so würde er den Eindruck gewinnen, als wüsste das deutsche Volk über jede Frage, sowohl mit Rußland als auch mit den westlichen Verbündeten, Streit zu beginnen und als läge ihm nicht das Geringste daran, sich nur mit einer einzigen Nation besonders freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Schon zweimal in diesem Jahrhundert hat sich Deutschland die ganze Welt zum Feinde gemacht, und es kann es sich nicht leisten, diesen Fehler ein drittes Mal zu wiederholen. Es muß sich entscheiden, wo sein Interesse liegt und darf keine Anstrengungen scheuen, die notwendig sind, um die Freundschaften, die die Voraussetzung seines Fortbestandes sind, zu gewinnen und zu erhalten.“

Ise Koch verzichtet auf Schlusswort

Urteilverkündung am Montagmittag
Augsburg (UP). Am letzten Verhandlungstag im Ise-Koch-Prozess verharrete die Angeklagte trotz der eindringlichen Aufforderung des Vorsitzenden, ein Schlusswort abzugeben, in völliger Schweigen. Das Gericht gab bekannt, daß mit der Verkündung des Urteils am Montagmittag zu rechnen sei.

Nicht die Angeklagten sind schuld

Plädoyers für Reeder und Bertram
Brüssel (UP). Der belgische Verteidiger des ehemaligen Leiters der deutschen Verwaltungen in Belgien, Reeder, erklärte in seinem Plädoyer, daß dieser ebenso wie General von Falkenhausen stets alles versucht habe, um die von Berlin befohlenen Maßnahmen zur Rekrutierung von Zwangsarbeitern abzuwehren. Man könne die Angeklagten nicht für Verbrechen bestrafen, die sie nicht verhindern konnten und die weit schlimmer gewesen wären, wenn sie ihre Posten aufgegeben hätten. Der deutsche Rechtsanwalt, Litzmann, betonte, sein Mandant, der ehemalige Oberfeldkommandant in Lüttich, General Bertram, sei für die Geiselerziehungen nicht verantwortlich.

In einer Woche nach zwölf Hauptstädten

Oslo begrüßt General Eisenhower
Oslo (UP). General Eisenhower wurde bei seinem Eintreffen in Oslo von einer großen Menschenmenge stürmisch begrüßt. Pressevertretern gegenüber äußerte der General: „Ich stelle vielleicht einen Rekord auf, indem ich in einer Woche zwölf Hauptstädte besuche und mit zwölf Regierungen verhandle.“ Ich habe dies noch nie getan. Wenn ich diese Reise abgeschlossen und meinen Bericht in Washington eingereicht habe, werde ich wohl die Gelegenheit haben, wieder hierher zu kommen.“

Zu den Verhandlungen, die Eisenhower in Kopenhagen führte, verläutet aus zuverlässiger Quelle, daß die Dänen ihm ihre Verteidigungspläne unterbreitet und dabei energisch ihren bisherigen Standpunkt vertreten hätten, daß Europa an der „Eiselinie“ verteidigt werden müsse. Bei einer Aufgabe Deutschlands würde Dänemark dem Angreifer preisgegeben sein.

Aus Rom verläutet, daß Papst Pius General Eisenhower in Privataudienz empfangen werde, wenn dieser in der kommenden Woche auf seiner Rundreise Rom besuche.

„Antwort“ an Grotewohl am Montag

Kanzler-Erklärung vor Bonner Presse angekündigt — Übertragung durch westdeutsche Sender

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer wird, wie ein Regierungssprecher im Anschluß an eine Kabinettsitzung erklärte, am Montag vor der Bundespressekonferenz eine Erklärung zum Grotewohlbefehl abgeben, die einer „Antwort“ auf die Vorschläge des Ministerpräsidenten der DDR gleichkommen soll.

Der Regierungssprecher deutete an, daß diese Erklärung Adenauers weder vorher noch gleichzeitig der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis gebracht werde. Es sei auch noch nicht entschieden, ob die Stellungnahme Bonns dem Ministerpräsidenten der DDR überhaupt schriftlich zugestellt werde. Die Erklärung des Kanzlers wird von den Bundesfunkstationen Westdeutschlands übernommen. Zur gleichen Zeit wird die Bundesregierung ein Weißbuch über die Voraussetzungen für Ost-West-Gespräche und die historische Entwicklung der Spaltung Deutschlands veröffentlichen.

Die „Beantwortung“ der Vorschläge Grotewohls erfolgt damit in einer Form, wie sie vor allem die Sozialdemokraten angeregt hatten. Eine formelle Antwort scheint damit hinlänglich zu sein.

Um das Preisgesetz

Der Bundesrat beschloß, den bereits vom Bundestag angenommenen Entwurf eines Preisgesetzes vor seiner Billigung noch einmal dem Vermittlungsausschuß zuzuleiten. Von dem ferner zur Diskussion stehenden Punkten der Tagesordnung wurden eine Verordnung über die Beschränkung von Kraftfahrzeugen im gewerblichen Güterverkehr und eine Verordnung über die Durchführung der Sozialversicherung bei einem Auslandsaufenthalt des

Versicherungsprächtigsten angenommen. Der Bundesrat wird in seiner nächsten Sitzung als wichtigste Punkte den Lastenausgleichsentwurf, das Mineralölsteuergesetz und das Wirtschaftsstrafgesetz behandeln.

Nicht ausgeglichen

Wie aus einer vom Bundesfinanzminister dem Bundesrat zugeleiteten Übersicht hervorgeht, wird im Haushaltsplan des Bundes für das Etatjahr 1951/52 ein Betrag von mindestens 65 Millionen DM nicht gedeckt werden können. In der vom Bundesfinanzministerium ausgearbeiteten Aufstellung ist bereits eine Erhöhung des Brutto-Sozialproduktes in der Bundesrepublik um 5 Milliarden DM einkalkuliert. Ebenfalls berücksichtigt ist ein Mehrertrag von der noch zur Beratung stehenden Mineralölsteuer in Höhe von 450 Millionen DM. Das Bundesfinanzministerium erklärt hierzu, daß sich der Fehlbetrag im Bundeshaushalt noch weiter erhöhen werde, falls die Mineralöl-Steuererhöhung abgelehnt werde.

Hallstein Außenminister?

Staatssekretär Hallstein soll — wie maßgebliche CDU-Abgeordnete erklärten — nunmehr der einzige ernsthafte Kandidat für das Amt des ersten Außenministers der Bundesrepublik sein. Seine Ernennung dürfte sofort nach der Verkündung der Revision des Besatzungsstatuts erfolgen. Für das Amt eines Staatssekretärs sei Ministerialdirektor Blankenhorn vorgesehen, der im Augenblick die „Verbindungsstelle zur alliierten Hohen Kommission“ leitet.

Das Bundespresidium erklärte dagegen, derartige Äußerungen entsprächen nicht der Tatsachen.

Zentrale Rohstoffbehörde geplant

Drei-Mächte-Erklärung fordert alle Nationen der westlichen Welt zum Beitritt auf

Paris (UP). In einer gleichzeitig in Paris, London und Washington veröffentlichten Drei-Mächte-Erklärung werden alle Nationen der freien Welt aufgefordert, mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich zusammen eine internationale Organisation für die Kontrolle der Verteilung und der Preise verknappter Rohstoffe zu bilden.

Zu diesem Zweck soll umgehend in Washington eine Drei-Mächte-Zentral-Behörde geschaffen werden, deren erste Aufgabe es sein wird, ständige Gruppen für die einzelnen in Betracht kommenden Rohstoffe ins Leben zu rufen.

In der Erklärung heißt es, daß die bei einer Reihe von Rohstoffen aufgetretenen Verknappungserscheinungen bereits seit einigen Monaten der Gegenstand von Besprechungen der OEEC, der Nordatlantikkpakt-Organisation sowie der Organisation der amerikanischen Staaten gewesen seien. Die Ereignisse der letzten Wochen hätten die Vordringlichkeit dieser Probleme erneut unterstrichen und darüber hinaus gezeigt, daß die Rohstoffprobleme nicht auf regionaler Basis gelöst werden könnten.

Die Finanzminister der Mitgliedsstaaten der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) traten in Paris zu einer zweitägigen Konferenz zusammen, auf der die wirtschaftliche Lage Europas angesichts der Wiederaufrüstung des Westens erörtert werden soll. Die deutsche Bundesrepublik ist auf der Tagung durch Vizekanzler Blücher vertreten. Die Tagesordnung umfaßt im wesentlichen recht trockene Punkte, wichtigstes Ereignis der Konferenz ist aber der hinter den Kulissen geführte Kampf zwischen den „Großen“ und den „Kleinen“ um die Verteilung der verknappten Rohstoffe.

Die Finanzminister der Mitgliedsstaaten der OEEC sprachen sich nachdrücklich dafür aus, daß die OEEC die Rechte zur Verteilung strategischer Rohstoffe in Westeuropa in der Hand behalten solle, ohne Rücksicht darauf, welche neuen internationalen Behörden für derartige Zwecke ins Leben gerufen würden.

Auf 23. Januar vertagt

Die französische Nationalversammlung hat sich auf den 23. Januar vertagt, nachdem sie eine Reihe von Gesetzen untergeordneter Bedeutung verabschiedet hat.

Truman fordert neue Steuererhöhungen

Wirtschaftsbotschaft an den Kongreß — Weitere Unterstützung Westeuropas notwendig

Washington (UP). Wesentliche neue Steuererhöhungen forderte Präsident Truman in seiner alljährlichen Wirtschaftsbotschaft, die er dem Kongreß übermittelte.

„Die gewaltige, vom sowjetischen Kommunismus beherrschte Menschenmasse“, so heißt es in der Botschaft des Präsidenten, „wird mit fanatischem Eifer angetrieben, militärisch und industriell aufzurüsten. Wir fordern die Katastrophe heraus, wenn wir die gegen uns arbeitenden Kräfte unterschätzen.“

Um dieser Gefahr zu begegnen, schlug Truman ein Drei-Punkte-Programm vor, das Erhöhung der militärischen Stärke der USA und ihrer Verbündeten, Erhöhung der Produktionskapazität der amerikanischen Rüstungsindustrie und Erhöhung des Produktions- und Beschäftigungsniveaus der amerikanischen Gesamtwirtschaft vorsieht.

Die freien Nationen, so erklärte Truman weiter, könnten sich wirtschaftlich stark genug machen, um eine Aufrüstung zu tragen, die entweder den Frieden sichere oder den Sieg garantiere, wenn ein Krieg kommen sollte. Trotz der unabweisbaren Gefahr brauchen die freien Nationen an ihrem Enderfolg nicht zu zweifeln, da die Überlegenheit der Hilfsquellen auf ihrer Seite sei.

Der Präsident forderte eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den USA und ihren Verbündeten, die sich sowohl auf das wirtschaftliche wie auf das militärische Gebiet erstrecken müsse, da beides heute eng verknüpft sei. Mit besonderem Nachdruck betonte der Präsident dabei die Notwendigkeit der weiteren Unterstützung Westeuropas durch die Vereinigten Staaten.

Um das Geld für alle diese Zwecke aufzubringen — Truman schätzte die Verteidigungsausgaben für 1951 und 1952 auf 140 Milliarden Dollar — müßten alle Einnahmequellen des Staates ausgeschöpft werden. Es werde nötig sein, die Einkommensteuer natürlicher und juristischer Personen sowie die Verbrauchsausgaben auf gewisse Erzeugnisse zu erhöhen und neue Verbrauchsausgaben einzuführen. Erstes Prinzip müsse es bleiben, einen ausgeglichenen Staatshaushalt beizubehalten.

Umstrittene Vollmachten

Die republikanischen Mitglieder des Senats verlangten eine sofortige Senatsdebatte über die Pläne Trumans, ohne Befragung des Kongresses weitere amerikanische Truppen nach Europa zu schicken. Der Fraktionsvorsitzende Kenneth Wherry gab bekannt, daß er eine Resolution einbringen wolle, die die Eingliederung amerikanischer Truppen in eine atlantische Armee verbiete, solange der Kongreß dies nicht ausdrücklich gebilligt habe. — Der republikanische Abgeordnete Ross Adair veröffentlichte den Wortlaut eines Briefes, mit dem er bei Außenminister Acheson gegen die Demontage der Stahlwerke in Salzgitter protestiert hat.

Für Angriff auf China

Senator Taft erhob die Forderung, den nationalchinesischen Staatschef Tschiangkai-schek von seinen Fesseln zu befreien und seinen Streitkräften auf Formosa einen Angriff auf das chinesische Festland zu gestatten. Der demokratische Senator McCarran äußerte sich

Eisenhowers doppelte Aufgabe

Kann Europa verteidigt werden und, wenn ja, wo? Das ist die Frage, die General Eisenhower nach der Inspektionsreise, die er Anfang dieser Woche auf unserem Kontinent begonnen hat, beantworten soll. Und zwar wird diese Frage in gleicher Weise diesseits und jenseits des Atlantiks an ihn gerichtet. Denn der Resignation, die einige Völker hier zu Hoffnungen auf einen vagen „Neutralismus“ verleitet, entsprechen drüben wachsende Strömungen, die sich zunächst einmal auf die Stärkung des eigenen Kontinents konzentrieren möchten, Strömungen, die, so verschieben sie auch in ihren Graden sein mögen, für uns Europäer unter das alte Schlagwort „Isolationismus“ fallen. Sie reichen von dem integralen „Isolationismus“ Kennedys über das „amerikanische Gibraltar“ Hoovers zu der Krise des Atlantikpaktes, die Senator Taft heraufzubeschwören versucht hat: „Niemand kann behaupten, daß der Atlantikpakt uns verpflichtet, amerikanische Truppen nach Europa zu schicken.“

Gewiß, solchen Äußerungen stehen die entgegengesetzten von Acheson, Dewey und Dulles gegenüber. Und Truman hat sich dieser Tage in seiner Botschaft an den neuen Kongreß noch einmal feierlich zu den Pflichten des Atlantikpaktes bekannt. Immerhin entspricht die Abneigung Tafts, die Zahl der amerikanischen Divisionen in Europa zu vermehren, ebenso den Gefühlen des „Mannes auf der Straße“ in Amerika wie auf unserem Kontinent etwa das „ohne mich“. Hier waltet das Gesetz der kommunizierenden Röhren, und daraus ergibt sich die doppelte Aufgabe Eisenhowers: den Europäern und den Amerikanern das volle Vertrauen zueinander zu geben, ohne das eine echte Partnerschaft nicht möglich ist, den Amerikanern Vertrauen in den europäischen Kampfwillen und den Europäern Vertrauen in den Schutz amerikanischer Divisionen und einer weisen Diplomatie.

Als Eisenhower vor seiner Abreise nach Europa von einem Journalisten gefragt wurde, was er von den Erklärungen Hoovers halte, antwortete er: „Er trägt nicht die Uniform, ich trage sie.“ Es ist in der Tat nicht Sache eines Hoover oder Taft, darüber zu entscheiden, ob es Sinn hat, amerikanische Divisionen nach Europa zu legen, sondern die militärischen Sachverständigen, also Eisenhowers und seiner Mitarbeiter, die ihn auf seiner Inspektionsreise begleiten. Auf ihn wird sich der Kongreß mehr hören als auf Acheson und selbst auf Truman oder ihre Opponenten. Denn Eisenhower hat sich bewußt über dem Streit der Meinungen gehalten, der gegenwärtig Republikaner und Demokraten in ihren eigenen Reihen zerreißt. Der „europäische MacArthur“, wie die Kommunisten ihn beschärfelt, aber treffend nennen, wird gerade in dieser Eigenschaft die asiatischen und europäischen Anstrengungen der Vereinigten Staaten in das rechte Verhältnis bringen. Er wird die Bilanz der bisherigen Bemühungen in den einzelnen europäischen Ländern ziehen, ihre Möglichkeiten für die nächste Zukunft kalkulieren und vor allem die Entscheidung ihrer Regierungen und den Verteidigungswillen der Völker einschätzen.

Davon wird es abhängen, ob er die Bildung einer homogenen atlantischen Streitkraft, die nur auf Kosten der Souveränität der Einzelstaaten zu erzielen ist, für möglich hält, ob Europa durch „aggressive Verteidigung“ in der norddeutschen Tiefebene vor dem Überraschungsangriff bewahrt werden kann, oder ob es nur zur Verteidigung am Rhein oder gar an den Pyrenäen und jenseits des Kanals reicht.

Da Eisenhower schon einmal in Europa befehligt hat, kennt er nicht nur das strategische, sondern auch das psychologische Feld, auf dem er sich nun wieder zu bewegen hat. Er kennt auch die Deutschen, und er wäre kein Soldat, wenn er nicht bei aller Deutschfeindlichkeit, die ihm nachgesagt wurde, in dem ehemaligen Gegner einen künftigen Bundesgenossen sehen könnte...

Im selben Sinne und unterbreitete einen Gesetzesvorschlag, wonach dem nationalchinesischen Staatschef eine Milliarde Dollar in Form einer Waffenhilfe zur Verfügung gestellt werden soll, um die Errichtung einer „zweiten Front“ in China zu ermöglichen, die den übermäßigen Druck auf die amerikanischen Streitkräfte in Korea herabmindern könnte.

„Kordinator“ Herod?

Dem Präsidenten der Internationalen General Electric Company, William Herod, soll, wie weiter aus Washington verläutet, der Posten eines obersten Wirtschaftskordinators in der westeuropäischen Verteidigung angeboten worden sein. Diese Aufgabe ist auf wirtschaftlichem Gebiet mit der General Eisenhowers auf militärischem Gebiet vergleichbar

VOM TAGE

Vizekanzler Billeher in Paris. Vizekanzler Billeher ist in Paris eingetroffen, um an der Tagung der OEEC (Organisation zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas) teilzunehmen.

Deutsches Generalkonsulat in Kopenhagen. Der neuernannte deutsche Generalkonsul in Kopenhagen, Dr. Nöldeke, stellte sich der dänischen Öffentlichkeit auf einer Pressekonferenz vor.

Vertretung Portugals in Bonn. Der diplomatische Vertreter Portugals in Westdeutschland, Senhor Gaoa de Barras Ferrara da Fonseca, überreichte den alliierten Hohen Kommissaren auf dem Petersberg das Beglaubigungsschreiben seiner Regierung.

Französischer Botschafter für Madrid. Frankreich hat Spanien um das diplomatische Agreement für Bernard Hardion gebeten, den die französische Regierung zum neuen Botschafter in Madrid ernennen will.

Nehru verhandelt mit Paris. Der indische Ministerpräsident Nehru wird in der kommenden Woche nach Paris kommen und dort mit der französischen Regierung Besprechungen über die Zukunft der französischen Besitzungen in Indien führen.

Ausnahmestand in Kairo. Die Polizei ordnete in Kairo den Ausnahmezustand an, um Studentenunruhen, die bei der Rückkehr der ägyptischen Außenminister, Salah El-Din, aus Großbritannien ausbrachen, Herr zu werden.

Monatlich 10 DM für deutsche Gefangene. Einem Antrag des Deutschen Roten Kreuzes entsprechend werden vom Bundesministerium für Vertriebene an die noch in Jugoslawien befindlichen deutschen Gefangenen monatlich 10 DM überwiesen. Die Gefangenen können dafür Lebensmittel oder Dinge des täglichen Bedarfs anschaffen.

Gefängnisstrafe Christiansens herabgesetzt. Die Gefängnisstrafe des ehemaligen Generals F. C. Christiansen ist von vier Jahre herabgesetzt worden. Er wird am 15. Januar 1951 freigelassen werden.

Neue Helgoland-Aktion angekündigt. Prinz Hubertus von Löwenstein — einer der Teilnehmer an der Helgoland-Aktion — kündigte an, wenn die Verhandlungen über die Rückgabe der Insel Helgoland scheiterten, dann werden wir wiederum gewaltlose Gewalt entgegenzusetzen.

Konferenz der Kultminister in Göttingen. Die „Ständige Konferenz der Kultminister“ der elf westdeutschen Bundesländer und Westberlins, die alle zwei Monate zusammentritt, wird in der Zeit vom 18. bis 20. Januar in Göttingen stattfinden.

Protest gegen Aufhebung der Konsulate. Die polnische Regierung hat dem amerikanischen Botschafter in Warschau eine Note übergeben, in der gegen die Aufhebung der diplomatischen Vorrechte der polnischen Konsulate in Westdeutschland protestiert wird.

„Formlos verhört und hingerichtet“

Der Canaris-Mordprozess beginnt

München (UP). Die geheimnisvollen Vorgänge um den ehemaligen deutschen Abwehrchef Admiral Canaris, der — ähnlich wie andere Verschwörer des 20. Juli — ohne ordentliches Gerichtsverfahren gehängt worden sein soll, werden in einem am 5. Februar beginnenden Prozess gegen den 43-jährigen Walter Huppenkoth und einem früheren Mitarbeiter Kaltenbrunnens, neu aufgerollt.

Admiral Canaris, General Oster und Heeresbefehlshaber Gehr wurden nach den vorliegenden Berichten in der Nacht vom 8. zum 9. April 1945 in Gegenwart Huppenkoths, damals Gruppenleiter im Reichssicherheitshauptamt, „formlos verhört und hingerichtet“.

Huppenkoth hatte nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 die Leitung einer Sonderkommission übernommen, die die Untersuchung gegen die sogenannte „Grafengruppe“ von Stauffenberg, von der Schulenburg und Schwerin-Schwanefeld, sowie gegen die Generale von Pfahlschtein, Oster, Thomas und Admiral Canaris durchführte. Die Anklageschrift wirft Huppenkoth unter anderem vor, in den Gestapogefängnissen systematische Folterungen durch zwei Gestapokommissare geduldet und angeordnet zu haben.

Notfalls zum Streik entschlossen

Der DGB-Bundesauschuss tagte

Düsseldorf (UP). Der Bundesauschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes als höchste Instanz der Gewerkschaften hat alle Gewerkschaftsmitglieder aufgerufen, den Beschlüssen des Bundesvorstandes des DGB zu folgen, um „endlich das den arbeitenden Menschen zustehende Recht auf Mitbestimmung in der Wirtschaft“ zu verwirklichen. Der Bundesauschuss ersuchte die Hauptvorstände der Gewerkschaften und den Bundesvorstand, alle für die Arbeitserleichterung notwendigen Barmittel sofort bereitzustellen und hat den geschäftsführenden Bundesvorstand ermächtigt, die Mittel aus dem Solidaritätsfonds für den Kampf um das Mitbestimmungsrecht einzusetzen. Das Ergebnis der Urabstimmung der Arbeiter und Angestellten in der eisenschaffenden Industrie und die von der IG-Bergbau geplante Urabstimmung wurden von Bundesauschuss begrüßt. Er erblickt darin den Willen der Abstimmanden, nötigenfalls durch Arbeitserleichterung dem Mitbestimmungsrecht zur Anerkennung zu verhelfen.

Aus Bonn verläutet in diesem Zusammenhang, Bundeskanzler Adenauer habe dem Bundeskabinett in einem Bericht über seine Unterredung mit Dr. Böcker mitgeteilt, daß die „Tendenz zur Verständigung auf beiden Seiten groß“ sei. Ein Regierungssprecher bestätigte die Absicht, weitere Verhandlungen zwischen Bonn und dem DGB zu führen. Ob und wann diese Beratungen stattfinden, steht noch nicht fest.

Stalin soll mit Truman konferieren

Commonwealth-Premiers appellieren an die Sowjetunion und das kommunistische China

London (UP). Die Ministerpräsidenten der Commonwealth-Länder beendeten ihre neun-tägige Konferenz mit einem „im Namen der ganzen Menschheit“ an die Sowjetunion und an das kommunistische China gerichteten Appell. Sie brachten zum Ausdruck, daß sie den Wunsch hegten, Generalissimo Stalin oder den chinesischen Staatschef Mao Tse Tung mit Präsident Truman, Premierminister Attlee oder anderen führenden Persönlichkeiten der freien Welt zusammenzubringen, um einen freien Meinungsaustausch über alle internationalen Krisenprobleme vorzunehmen.

Die Ministerpräsidenten betonten, das alles nur Mögliche getan werden müsse, um einen Meinungsaustausch durchzuführen, bei dem es möglich wäre, sich gegenseitig ins Herz zu sehen und die gegenseitigen Ansichten auch wirklich kennenzulernen. Das Commonwealth, das sich erneut nachdrücklich zu den Prinzipien der Vereinten Nationen und zum Frieden bekannte, wies jedoch eine „Politik des Friedens um jeden Preis“ von sich und stellte schließlich fest, daß die Verteidigung der freien Welt weiter verstärkt werde, solange die Gefahr einer Aggression existiere.

Die Ministerpräsidenten veröffentlichten zur gleichen Zeit ein Schlußkommuniqué, in dem der Hoffnung Ausdruck verliehen wird, daß der neue Plan zur Beilegung der Korea-Krise durch sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, Rückzug aller ausländischen Truppen und Einberufung einer Konferenz zwischen den Vereinten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion und China angenommen und zu einer Regelung aller wichtigen Probleme des Fernen Ostens führen möge. Eine dem Kommuniqué beigegebene Erklärung — jedoch nicht das Kommuniqué selbst — spricht sich für eine „Regelung“ des deutschen Problems aus. Dabei heißt es: „Die Wunden des Krieges müssen geheilt werden. Mit Deutschland und Japan sollten schnell Regelungen herbeigeführt werden.“

Wie weiter verläuft, werden mehrere der Ministerpräsidenten noch einige Tage in London bleiben, um über Probleme zu beraten, die nichts mit der formalen Commonwealth-Konferenz zu tun haben.

Harter Kampf um die Wonschu-Linie

Erfolgreicher Gegenstoß der UN-Truppen — Kommunistische Offensive an der Westfront

Tokio. Truppen der zweiten amerikanischen Infanteriedivision haben sich nach einem vorausgegangenen Angriff amerikanischer Superfestungen auf die Stellungen der Kommunisten dem wichtigen Verkehrsknotenpunkt Wonschu und seinem Flugplatz erneut bis auf knapp zwei Kilometer genähert. Die Front des Gegners durchbrochen und mehrere tausend kommunistische Soldaten in die Flucht geschlagen. Die amerikanischen Kommandeure scheinen die Absicht zu haben, die Wonschu-Linie zu halten, um den Kommunisten den Durchbruch durch die Sobaek-Berge nach Taegu zu verwehren.

Vom westlichen Frontabschnitt wird verstärkte Aktivität der Kommunisten gemeldet, die darauf hindeuten scheint, daß die seit Tagen an diesem Sektor erwartete kommunistische Offensive unmittelbar bevorsteht oder schon begonnen hat.

Bei gutem Flugwetter führten alliierte Bomber und Jagdflieger zahlreiche Feindflüge zur Unterstützung der Erdtruppen durch. Sie meiden, daß sie mindestens 1400 Kommunisten durch Bordwaffenbeschuß getötet hätten, da-

von die Hälfte im Gebiet von Suwon südlich von Seoul. Alliierte Aufklärungsflugzeuge haben über den von Flüchtlingen überfüllten Straßen Flugblätter abgeworfen, die die nach Süden fliehenden Koreaner vor der Annäherung an Straßen warnten, die die kommunistischen Truppenverbände benutzen. Sie wurden außerdem aufgefordert, sich den Stellungen der Truppen der Vereinten Nationen fernzuhalten, um nicht irrtümlicherweise aus der Luft oder von der Erde aus beschossen zu werden.

Der südkoreanische Staatspräsident Syngman Rhee begab sich auf dem Luftwege von Taegu nach Pusan. In einem Gespräch im südkoreanischen Armeehauptquartier äußerte er, daß ihm Gerüchte zu Ohren gekommen seien, nach denen die Absicht bestehe, Japan wieder zu bewaffnen und japanische Soldaten zur Bekämpfung der chinesischen Kommunisten nach Korea zu schicken. „Aus diesem Grunde“, so sagte Rhee wörtlich, „erkläre ich öffentlich, daß wir die Japaner bekämpfen würden, ehe wir die Chinesen aus unserem Lande hinaustreiben.“

Aus Sport mach Geld . . .

Sonja Henie die „ungekrönte Königin“ — Wie „Häseken“ zu einer der reichsten Frauen von Hollywood wurde

„Ungekrönte Königin“, so wurde Sonja Henie vor kurzen von einer amerikanischen Zeitung bezeichnet. Und das nicht ganz mit Unrecht. Denn die heute Sechsaunddreißigjährige läßt auf dem Eis noch nichts von ihrer feenhaften Grazie vermissen, mit der sie vor mehr als zwanzig Jahren die Berliner zu stürmischer Begeisterung hinriß.

Neidvolle Konkurrentinnen behaupten mit einem lachenden und einem weinenden Auge stets, Sonja Henie müßte mit den Schlitzen der Welt gekommen sein. Ganz so war das zwar nicht, immerhin aber interessierte sich die kleine, blonde Norwegerin schon in den frühesten Jahren für das Eislaufen. Im Berliner Sportpalast begann ihr schwindelnder Aufstieg. Als sie dort zum ersten Male mit ihrem dicken Vater, der zugleich ihr Manager war, auftauchte, eroberte sie sich die Herzen der Berliner im Sturm. Mit ihren rasenden Pirouetten, mit ihrem schmetterlingsartigen Schweben über das Eis, eroberte sie die deutsche Millionenstadt in einer Geschwindigkeit, wie nie zuvor ein anderes weibliches Wesen. Sonja Henie war nicht groß. Sie war ein kleines, zartgliedriges Mädchen und so hatte sie auch im Nu ihren Spitznamen weg: Häseken — Häseken — nannten sie die Berliner.

Beine sind money

Vierzehn Jahre war Sonja Henie alt, als sie zum ersten Male die Weltmeisterschaft gewann. Zehn Jahre lang behauptete sie diesen Titel und in drei Olympiaden holte sie sich die Goldmedaille. 1936, damals 23 Jahre alt, wurde sie Berufsläuferin. Zum ersten Male reiste Sonja Henie, daß neben ihrem zauberberedenden Künstlerlächeln auf dem Eis auch noch etwas anderes in ihr steckte: der Wunsch, eine reiche Frau zu werden. Das große Land jenseits des Ozeans lag ihr danach zu Füßen. 100 000 Dollar verdiente sie auf dieser ersten Gastspielreise. Dazu kam eine Unzahl Geschenke. Hätte sie gewollt, wäre es ihr sicher nicht schwer gefallen, auch noch irgendeinen Millionär bei dieser Gelegenheit in die ehelichen Fesseln zu schlagen, doch „Häseken“ wollte etwas ganz anderes.

Als Sonja Henie 1940 das große Rockefeller Center in New York, ein Theater mit 3200 Sitzplätzen und einer täglichen Miete, die dem mehrfachen Jahresgehalt eines normalen Menschen beträgt, in eigener Regie in ein Eis-theater verwandelte, prophezeite man ihr baldige Pleite. Sie werde ihre Millionen Dollar, die sie beim Film verdient hatte, sehr rasch los sein. Doch wieder einmal kam es anders. Sonja Henie zog eine Eisbahn auf mit sehr vielen schönen Beinen junger Eiskunstläuferinnen — ihre eigenen Beine natürlich im Mittelpunkt — tollen Beleuchtungseffekten und urkomischen Clowns. Eine „Schau“ ganz so wie sie die Amerikaner lieben.

Millionen-Revue

Und seit neun Jahren haben nun rund 10 Millionen Besucher diese ständig wechselnden Veranstaltungen besucht und dabei die Kleinigkeit von fünfzehn Millionen Dollar an Sonja Henie bezahlt. Nach einem mehrmonat-

tigen Aufenthalt in jedem Jahr in New York aber reist Sonja Henie mit ihrem Ensemble durch alle größeren Städte der Vereinigten Staaten. Darzwischen filmt sie auch ein wenig und einen Teil der Zeit benutzt sie zur Erholung. Amerikanische Reporter behaupten zwar, daß sie auch in dieser Zeit noch Geld verdiene, doch das bestreitet Sonja energisch, denn schließlich müsse sie doch auch einmal ausspannen.

Im Winter 1948 auf 1949 gab Sonja Henie für die Ausstattung ihrer neuen „Hollywood-Revue“ für die Kostüme allein nicht weniger als 400 000 Dollar aus. Allerdings — auch das darf man nicht vergessen — verdiente sie dann mit dieser Schau 3 Millionen Dollar. Sonja Henie ist heute Multi-Millionärin. Sie ist eine der reichsten Frauen Hollywoods. Ihr jährliches Einkommen wird auf etwa 1 Million Dollar geschätzt. Sie selbst vertritt es natürlich nicht genau, immerhin aber ließ sie einen Reporter wissen, daß ihre jährliche Einkommensteuer 600 000 Dollar betrage.

In Barbara Ann Scott, der kanadischen Weltmeisterin und Olympiasiegerin ist Sonja Henie in jüngster Zeit eine beachtliche Konkurrentin

Erfinder wollen „Krieg gewinnen“

Von „Zementbällen“ und „Panzerabwehr-Armbrüsten“ — Brieflied im Bonner Sicherheitsamt

Hunderte von deutschen Erfindern glauben, das „Allheilmittel“ für einen „siegreichen“ Krieg gefunden zu haben — wenn man den zahlreichen schriftlichen Vorschlägen an das Sicherheitsamt des Bundeskanzlers Glauben schenken soll.

Seit Wochen wird die Dienststelle des Sicherheitskommissars Blank täglich mit Dutzenden von Briefen bombardiert, in denen detaillierte Pläne über „unfehlbare“ Verteidigungswaffen übermitteln oder Angebote westdeutscher Industriefirmen zur Beteiligung an Wiederaufrüstungsvorhaben enthalten sind. Bisher erfuhr alle diese Offerten das gleiche Schicksal: sie wurden abgelegt. Die Dienststelle ist nicht befugt, einen Entschluß zu fällen.

Antwort: Abgelehnt

So fand der Plan eines Erfinders über die Aufstellung von Tausenden großer „Zementbälle“ in ganz Westdeutschland ebenso wenig ein amtliches Ohr, wie die „Panzerabwehr-Armbrüst“ eines ehemaligen Feldwebels. Die „Zementbälle“ — über das ganze Bundesgebiet verteilt und mit Maschinengewehren ausgerüstet — würden eine ausgezeichnete Verteidigungswaffe darstellen und in der Lage sein, jeden Angriff abzuwehren — meint ihr Erfinder. In den Erdboden eingegraben, seien sie überdies atombombensicher.

Trotz aller amtlichen Dementis über die angeblich bevorstehende Errichtung eines „Ostwalls“ haben sich schon Transportunternehmen, Baufirmen, Stacheldrahtproduzenten und Zementfabrikanten an die Dienststelle Blank

erwachsen. Doch noch überstrahlt der Glanz Sonja Henies alle anderen Sterne am Eishimmel. Noch ist sie die ungekrönte Königin. H.Sch.

Doch für zwei Wochen verboten

„Stern-Begnädigung“ widerrufen

Hamburg (UP). Die Wochenzeitschrift „Stern“ ist von der alliierten Hohen Kommission nun doch für zwei Wochen verboten worden. Das ursprüngliche Verbot von zwei Ausgaben des „Stern“ war auf Grund eines Entschuldigungsschreibens des Verlegers auf das Verbot einer Ausgabe gemildert worden. Inzwischen hat die Redaktion des „Stern“ Flugblätter verteilt, deren Wortlaut nach Ansicht der Hohen Kommission wiederum eine „Schädigung des Ansehens der Besatzungsmächte“ darstellte.

Der „Stern“ hatte unter dem Titel „Hoppla, wir leben — auf Besatzungskosten“ in einer Bildserie den hohen Lebensstandard der Besatzungsangehörigen einer Kritik unterzogen. Die darin veröffentlichten Angaben entsprachen nach Ansicht der Hohen Kommission nicht den Tatsachen.

Handgranaten ins Auto geworfen

Französischer Redakteur in Saigon ermordet

Saigon (UP). Französische Patrouillen sind bei Lucnam, 80 Kilometer nordöstlich Hanoi, in Gefechte mit kommunistischen Vietminh-Guerillas verwickelt worden. Die Tätigkeit der Vietminh in der Provinz Tonkin hat in den letzten Tagen wieder zugenommen. Mehrere Wachtürme und Patrouillen wurden überfallen. Französische Luftstreikräfte bombardierten Truppenkonzentrationen des Gegners.

Ein Redakteur der französischen Zeitung in Saigon, „Union Francaise“, wurde von Attentätern getötet, die zwei Handgranaten in sein Auto warfen. Die Angreifer fuhren einen Jeep, den sie zuvor der amerikanischen Botschaft gestohlen hatten.

„Feuerball“ zertrümmert Dächer

Seltames Naturereignis in Melbourne

Melbourne (UP). Ein „Feuerball“, der vom offenen Meer kam, richtete in dem Melbourne Vorort Hampton Verwüstungen an. Von verschiedenen Häusern wurden die Dächer abgetragen. Ein Polizist schilderte wie er die merkwürdige Erscheinung erlebte: „Ich sah ein rotes Aufleuchten über dem Meer, dann schlug ein rotvioletter Feuerball mit großem Getöse auf die Dächer der Häuser nieder.“ Die Einwohner nahmen an, daß es sich um einen Meteor gehandelt habe.

Zeitbomben-Juwelier gehehnt

Sühne für furchtbares Verbrechen

Montreal (UP). Albert Guay, der Juwelier, der eine Bombe mit Zeitzündung in einem Passagier-Flugzeug versteckte, wurde durch den Strang hingerichtet. Das Flugzeug war seinerzeit nach der Explosion abgestürzt, wobei 23 Passagiere den Tod fanden, unter anderem auch die Frau Guays, der das Attentat eigentlich geolten hatte.

Niemöller bei Nuschke. Der hessische Kirchenpräsident Niemöller hatte eine private Zusammenkunft mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Otto Nuschke, um sich über die Lage der evangelischen Kirche in der Ostzone zu informieren.

Norwegen will Kriegszustand beenden. König Haakon VII. gab in seiner Thronrede zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des norwegischen Parlaments bekannt, daß die Regierung das Parlament bitten werde, den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden.

Trygve Lie in Paris erwartet. Der Generalsekretär der UN, Trygve Lie, wird am Dienstag in Paris eintreffen, um die Möglichkeit zu prüfen, ob die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Januar 1951 in Paris abgehalten werden kann.

Keine „Saarländische Division“. Der stellv. Ministerpräsident des Saarlandes, Richard Kirm, dementierte Meldungen über die angebliche Aufstellung einer „Saarländischen Division“.

gewandt, um einen Auftrag zu ergattern. Antwort: abgelehnt.

Auch eine große deutsche Automobilfirma soll schon vorsichtig bei Bonner Behörden vorgeführt haben, ob sie nicht Aufträge im Zusammenhang mit der Auslastung möglicher deutscher Verbände erhalten könne.

Inzwischen ist den beiden ehemaligen Generalen Dr. Hans Speidel und Adolf Heusinger im Gebäude der Dienststelle Blank, der „Ermeckelkaserne“, ein kleines Arbeitszimmer eingeräumt worden. Speidel und Heusinger gehören der deutschen Militärdelegation an.

Auch das gibt es...

Wenn sich die deutsche Delegation in den beiden einzigen Autos des Sicherheitsamtes Blank — ein gelber Opel „Kapitan“ und ein grüner Volkswagen — zu ihren alliierten Gesprächspartnern begibt, dann machen sich ihre Mitglieder eigentlich der Todesstrafe schuldig. Ein noch nicht widerrufenes Kontrollratsgesetz verbietet nämlich Konferenzen unter deutscher Beteiligung und droht die Todesstrafe an.

Die durch den noch immer nicht beseitigten Kriegszustand zwischen den Verhandlungspartnern nicht gerade vereinfachte Lage wird aber noch dadurch illustriert, daß der französische Delegierte, General Jean Geneval, einmal der Militärkommission angehört, die eine mögliche deutsche Wiederbewaffnung diskutiert, zum anderen aber auch Mitglied des alliierten militärischen Sicherheitsamtes ist, dessen Aufgabe die Demilitarisierung Deutschlands ist.

Mus der badischen Heimat

Ungetreue Beamte entlassen
 Heidelberg (SWK). Als Ergebnis umfangreicher Ermittlungen wurden hier zwei Beamte der Stadtverwaltung fristlos ihrer leitenden Stellungen enthoben. Ein über 25 Jahre im Dienst befindlicher Obersekretär hat seine Vertrauensstellung beim neuen Gaswerk mißbraucht und sich Unterschlagungen zuschulden kommen lassen. In einem anderen Falle handelt es sich um einen städtischen Bestattungsordner, dem Veruntreuungen in mehreren Fällen nachgewiesen werden konnten.

Autofledderer erhielt drei Jahre Gefängnis
 Heidelberg (Iwb). Ein 31 Jahre alter Kraftfahrer, die in der Zeit von August 1949 bis Oktober 1950 aus insgesamt 27 parkenden Kraftfahrzeugen in Heidelberg Gegenstände in einem Gesamtwert von 15 000 DM gestohlen hatte, wurde von der Großen Strafkammer des Heidelberger Landgerichts zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Automarier pflegte die gestohlenen Gegenstände bis zu ihrer Weiterveräußerung im Keller seines Hauses aufzubewahren. Unter den geschädigten Autobesitzern befinden sich auch einige Ausländer.

Der Trick mit der gefundenen Kennkarte
 Mannheim (Iwb). Mannheimer Geschäftsleute wurden von einem betrügerischen Ehepaar geschädigt, das sich unter Vorzeichen einer gefundenen Kennkarte Waren auf Kredit geben ließ. Die Rechnungen für diese Waren erhielt ein Mann zugeschickt, auf dessen Namen die Kennkarte ausgestellt ist. Von einem Pelzgeschäft wurde er zum Beispiel aufgefordert, die restlichen 200 DM für einen Pelzmantel nachzuzahlen.

Brotpreiserhöhung soll bleiben
 Mannheim (Iwb). Die Vertreter der Bäckereinnung der Stadt Mannheim haben auf einer Konferenz im Amt für öffentliche Ordnung abgelehnt, die alten Brotpreise wieder einzuführen. Nachdem eine gütliche Einigung so scheiterte, sollen, wie das Amt für öffentliche Ordnung mitteilt, die Verantwortlichen der Innung nunmehr wegen Preistreiberi und unzulässiger Preisbildung angeklagt werden.

Lastzug durchfuhr Eisenbahnstrassen
 Tauberbischofsheim (Iwb). Bei dichtem Nebel durchfuhr ein Lastzug auf der Straße von Distelhausen nach Gerlachshausen im Kreise Tauberbischofsheim die geschlossenen Eisenbahnstrassen vor der Gerlachshausener Brücke. Der gerade im Bahnhof Gerlachshausen anführende Personenzug konnte infolge der Gelatagegenwart das Lokomotivführers rechtzeitig zum Stehen gebracht werden.

Verbrühungen durch zerplatzte Wärmeflasche
 Wertheim (SWK). Ein junger Mann aus Lichtenfels in Unterfranken erlitt durch die Explosion einer mit kochendem Wasser gefüllten, aber fest verschlossenen Wärmeflasche derart schwere Verbrühungen im Gesicht und am ganzen Oberkörper, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Das Benzin im Küchenherd
 Offenbach (SWK). Durch unglückliche Umstände erwachte der fünfjährige Sohn eines Einwohners in Dudenheim eine Flasche, in der sich noch Benzinreste befanden. In einem unbewachten Augenblick wart der Junge das „Spielzeug“ in das Herdfeuer. Durch die Stichflamme trug das Kind so schwere Verletzungen davon, daß es in das hiesige Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Nach qualvollen Leiden erlag der Kleine jetzt seinen furchtbaren Verbrennungen.

Otterpohl schädigte Staat um 70 000 DM Bestechungsgelder in Zechelagen verjubelt — Mangelhafte Kontrolle durch drei Aufsichtsbehörden

Baden-Baden (Ibs). Nach fünfzehntägiger Verhandlung endete der Prozeß gegen den ehemaligen Leiter des Rastatter Requisitionsamtes, Paul Otterpohl, mit einer Verurteilung zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis und 1000 DM Geldstrafe wegen schwerer Bestechung in Tateinheit mit Untreue in zwei Fällen und einfacher Bestechung in Tateinheit mit Untreue in zwei Fällen. Zehn Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Die Geldstrafe gilt als durch zwei Monate Untersuchungshaft verbüßt. Der Mitangeklagte ehemalige Angestellter des Requisitionsamtes Rudolf Reuter wurde freigesprochen.

In der Urteilsverkündung führte das Gericht unter anderem an, die in Rastatt schwere Anstöße erregte, Otterpohl habe das durch Bestechung erworbene Geld nach eigenen Aussagen in Zechelagen und „Kameradschaftsbänden“ verjubelt. Als entlastend für den Angeklagten wertete das Gericht den Umstand, daß er unvorberichtet und ohne genügende Instruktionen in sein Amt berufen wurde und nur einer unzulänglichen Kontrolle unterworfen war. Otterpohl habe drei vorgesetzte Behörden gehabt, den Landrat, die Preisüberwachungsstelle und das Finanzministerium, die sich in die Verantwortung teilen sollten, wobei jede Dienststelle von der anderen annahm, sie habe von ihren Kontrollbefugnissen Gebrauch gemacht. Dies wurde neben der zeitbedingten unzulänglichen Besetzung der staatlichen Behördenstellen, als einer der Gründe angeführt, dem Antrag des Staatsanwaltes zu entsprechen und von einer Zuchthausstrafe abzuziehen.

Der Prinz bleibt in Haft Lörracher Gericht lehnte Entlassung ab

Lörrach (Id). Der Antrag auf Haftentlassung des unter dem Verdacht des Uhrenschmuggels inhaftierten Prinzen Hans von Liechtenstein wurde vom Gericht abgelehnt. Ursprünglich war für die vorläufige Freilassung des Prinzen eine Kautions von 70 000 Schweizer Franken gefordert worden. Die Ablehnung des Antrages auf Haftentlassung wurde von dem zuständigen Gericht nicht näher begründet.

Kreuz und quer durch Baden

Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Heidelberg (ASTA) will vom 17. bis 24. Januar unter den Studierenden an der Universität Heidelberg eine Geldsammmlung veranstalten, die politischen Flüchtlingen und anderen notleidenden Studenten zugutekommen soll.

Am zweiten Tag der fünften Stuttgarter „Wilhelmy“-Briefmarken-Auktion wurde für die weitbekannte österreichische „Merkur-Zinnober“ ein Versteigerungspreis von lediglich 2000 DM erzielt. Die Briefmarke hat einen Katalogwert von 25 000 DM.

Die Universität Heidelberg hat von amerikanischer Seite eine Stiftung für Forschungsarbeiten über politische Wissenschaften erhalten. Im Alfred-Weber-Institut beginnt eine Studiengruppe unter Dr. Dolf Sternberger mit Forschungen über das „Wesen der Partifraktionen“.

Ein einziger der rund 200 Bäcker in Heidelberg hat die von der Bäckereinnung beschlossene Brotpreiserhöhung um vier Pfennige für Misch- und Weißbrot nicht mitgemacht und verkauft seine Ware zum alten Preis.

Die „Geistliche Woche für Süddeutschland“, die von der evangelischen Kirche alljährlich veranstaltet wird, wird in diesem Jahr vom 18. bis 25. Februar in Mannheim stattfinden.

Die Europa-Union Baden-Baden veranstaltet am 16. Januar 1951, 20 Uhr, im Kurhaus einen Vortragsabend, auf dem Reichsfinanzminister a. D. Hermann Dietrich und als Ko-Referent ein Parlamentarier und Vertreter der französischen Europa-Bewegung über den Schumanplan sprechen werden.

Amtsübernahme durch neue Minister

Zukunft des Verkehrsministeriums unklar

Stuttgart (Iwb). Die Minister der neugebildeten württemberg-badischen Regierung, die dem vorigen Kabinett nicht angehört haben, werden am Samstag und am Montag ihre Amtsgeschäfte aufnehmen. Am Samstag werden voraussichtlich der bisherige Minister für Landwirtschaft Stooß, und der Minister für Justiz, Dr. Beyerle, die Geschäfte an ihre Nachfolger Herrmann und Ministerpräsident Dr. Maier übergeben. Am Montag wird die offizielle Übergabe im Kultministerium und wahrscheinlich auch im Finanzministerium erfolgen. An die Stelle des bisherigen Kultministers Bäuerle tritt Dr. Schenkel, im Finanzministerium wird Dr. Frank als Nachfolger Dr. Kaufmanns einziehen. Der bisherige Verkehrsminister Steinmeyer verabschiedete sich bereits von seinen Mitarbeitern.

Da auf Grund eines Landtagsbeschlusses, wonach das Verkehrsministerium bis spätestens 1. Januar 1951 einem anderen Ministerium angeschlossen werden soll, kein neuer Verkehrsminister berufen wurde, ist die Sachlage beim Verkehrsministerium völlig ungeklärt. Es ist bisher noch kein Beschluß über den künftigen Status dieser Behörde gefaßt worden. Ihre Aufgaben werden jedoch wie bisher weitergeführt. Steinmeyer, der bereits 74 Jahre alt ist, beabsichtigt in den Ruhestand zu treten. Minister a. D. Stooß wird sich auf

seinen Hof in der Nähe von Ulm zurückziehen. Welcher Tätigkeit sich die übrigen, nicht wiederberufenen Minister widmen werden, wurde noch nicht bekannt.

Offen ist ferner die Frage ob die Stellen des Ministerialdirektors im Landwirtschaftsministerium und im Arbeitsministerium besetzt werden sollen und wer sie einnehmen wird.

Greis in Schienenrümer totgeschleift

Stuttgart (Iwb). In Stuttgart-Bad Cannstatt kam eine 72 Jahre alte Frau beim Einsteigen in die Straßenbahn zu Fall. Sie wurde dabei vom Schienenrümer des zweiten Anhängers erfaßt und einige Meter mitgeschleift. Im Krankenhaus erlag sie bald darauf ihren Verletzungen.

Der Verein „Kurfürst“ zur Ländergrenzenfrage

Ludwigshafen (Idn). Der Verein „Kurfürst“ wendet sich in einer Erklärung gegen den Vorschlag des nordrhein-westfälischen Ministers, Dr. Weitz, die Pfalz dem bayrischen Staat anzuschließen. Bayern gehöre zu den finanzschwachen Ländern und benötige einen Zuschuß von 43 Millionen DM. „Die Pfalz“, so heißt es wörtlich, „ist weder heute noch später in der Lage, die Finanzkraft des Lan-

des Bayern wiederherzustellen.“ Eine Wieder-vereinigung der Pfalz mit Bayern lasse sich mit wirtschaftlichen und finanzpolitischen Argumenten in keiner Weise rechtfertigen.

Der Verein Kurfürst ist der Meinung, daß das an zweiter Stelle in der Reihe der finanzstarken Länder stehende Württemberg-Baden das Fundament für eine Neuordnung der Länder im südwestdeutschen Raum unter Einbeziehung der Pfalz bilden müsse.

Brutaler Gastwirt schikanierte Flüchtlinge

Pirmasens (Idn). Das Schöffengericht Pirmasens verurteilte ein Gastwirthehepaar aus Heckenhausen im Kreis Pirmasens zu einem Monat Gefängnis. Der 52 Jahre alte Gastwirt und seine Frau hatten die bei ihnen einquartierten Flüchtlinge mehrfach innerhalb des Hauses umquartiert. Der jeweilige Tausch war stets zum Nachteil der Heimatvertriebenen. Vor der Kirchweih schließlich ließ der rücksichtslose Wirt, von seiner gleichgesinnten Ehehälfte dazu ermuntert, die Wand zwischen dem Zimmer der Flüchtlinge und seiner Gaststube niederreißen, um mehr Platz zu bekommen. In diesem Augenblick griff die Polizei ein und nahm den Gastwirt fest.

Selbstmordversuch machte sie zum Krüppel

Landau (SWK). In selbstmörderischer Absicht warf sich ein 14jähriges Mädchen in der Nähe von Bergzabern vor die Lokomotive eines Zuges. Der Unglücklichen wurden beide Beine abgefahren.

Vom Holzstreich erschlagen

Kleinmaischeld, Westerwald (Idn). Durch Zurückschlagen eines Holzstückes während der Arbeit an einer Kreissäge erlitt ein Landwirt aus Kleinmaischeld so schwere innere Verletzungen, daß er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Ausländische Interessenten für die Jockers-Werke

Mainz (Idn). Die Gründungsverhandlungen um die neue Betriebsgesellschaft, die die Jockers-Werke in Germersheim übernehmen und mit Hilfe von ERP-Krediten in Höhe von 500 000 DM weiterführen soll, sind, wie unser dpa-Korrespondent erfährt, vorläufig unterbrochen worden. Möglicherweise soll das gesamte Objekt an Privatinteressenten verkauft werden. Es handelt sich um einen ausländischen Kapitalgeber. Die Privatisierung des Unternehmens würde zur Folge haben, daß das Land Rheinland-Pfalz bei einem negativen Ausgang des Jockers-Experimentes keine neuen Verluste eigener Mittel zu befürchten hätte.

Wiederholung der Passionsspiele?

Auf einer Versammlung in Oberammergau erklärte Bürgermeister Raimund Lang, Oberammergau könne sich nur dann für eine Wiederholung der Passionsspiele in diesem Jahr entscheiden, wenn der Wunsch oder der Auftrag hierzu von hohen kirchlichen oder politischen Stellen an die Gemeinde herangetragen werde. Das Passionspielkomitee hat am 17. September 1950 den von einer rund 200 Mitglieder zählenden Gruppe gestellten Antrag auf Wiederholung des Passionsspiels in diesem Jahre mit der Begründung abgelehnt, daß das Spiel für Oberammergau eine religiöse Verpflichtung darstelle. Nunmehr will diese Gruppe eine Wiederholung der Spiele durch eine öffentliche Abstimmung der Einwohner erwirken. Bürgermeister Lang bezeichnete ein solches Vorgehen als „rechtswidrig“. Der Erzbischof von München-Freising, Kardinal Michael von Faulhaber, hatte seinerzeit die Passionspielgemeinde zu ihrem Entschluß beglückwünscht, auch weiterhin am Gelübde der Väter festzuhalten, wonach das Spiel nur alle zehn Jahre stattfinden soll.

DORIS EICKE

Copyright by Verlagshaus Eritlingen Central & Späher

Denn alle Schuld rächt sich auf Erden

29. Fortsetzung
 Mein Zustand war bei Gott nicht beneidenswert. Ich latte es ehrlich mit ihr gemeint, und ohne daß ich es selber wußte, war ich stolz auf meine Bereitschaft gewesen, sie ungeachtet ihrer niederen Geburt zu meiner Frau zu machen. Das war gewiß kein rühmlicher Zug, aber doch eben menschlich begrifflich. Rösy wußte von Anfang an besser, wie es in mir aussah, sie begriff, daß auch meine männliche Eitelkeit durch ihre Weigerung verletzt worden war, und daß ich darunter fast ebenso litt, wie unter meiner ver-schmähten Liebe. Das sagte sie mir eines Tages, als ich sie wieder einmal hart bedrängte, und da kein Mensch gerne eine unrühmliche Wahrheit hört, gab ein Wort das andere, und es kam zu einem offenen Bruch.
 Ich kündigte bei Ingold mein Zimmer, bezahlte für den Rest des Monats und begann meine Koffer zu packen. Meine Verzweiflung war grenzenlos, Liebe und Enttäuschung, Verlangen, Zorn und verletzte Eigenliebe wüteten in mir und stritten schmerzlich miteinander. Immer wieder behielt aber doch die Liebe die Oberhand und zerfleischt buchstäblich mein Herz.
 Du wirst noch erleben, Meinert, wie oft durch kleinste Dinge und Umstände schwerwiegende Begebenheiten verursacht werden. Ich hatte meine Koffer gepackt und verschlossen, als ich aber den größten und schwersten aufhub um ihn auf sein Gewicht zu prüfen, riß der Henkel und er fiel mir aus der Hand. Diesem geringfügigen Ereignis verdankt Du letzten Endes Dein Leben.
 Auf der Suche nach einem Sattler, der mir den Schaden reparierte, mußte ich mich zuerst zum Aufstehen nicht entschließen und war froh, daß in der Aufregung niemand daran gedacht hatte, mich zu rufen. So blieb

von einem Menschen zu scheiden, den ich doch tief und aufrichtig liebte. Meine heftigen Worte taten mir, wie immer, bereits wieder leid, und ein ungestümes Verlangen, Rösy zu versöhnen, ergriff von mir Besitz. So gab ich dem Sattler den Auftrag, den Schaden bis zum nächsten Morgen zu beheben und kehrte ins Brunnenbühl zurück, wo ich Ingold mein Pech mitteilte und meine Abreise auf den nächsten Vormittag verschob.
 Rösy wich meinen bettelnden Blicken beharrlich aus, und ich sah mit bohrender Reue ihre Blässe und die Spuren heimlicher Tränen in ihrem zarten Gesicht. Vergebens versuchte ich, sie noch einmal unter vier Augen zu sprechen, es gelang mir nicht. An diesem Abend tagte im Brunnenbühl ein großer Verein, und sie hatte alle Hände voll zu tun, die vielen Gäste zu bedienen. Das Haus war dadurch voller Leute und kein günstiger Zufall wollte mir zu Hilfe kommen. Mit Gott und der Welt zerfallen, ging ich schließlich zu Bett, nachdem das Ehepaar Ingold schon in seiner Schlafkammer verschwunden war. Es war im Brunnenbühl hoch hergegangen und bereits lange nach Mitternacht.
 In dieser letzten Nacht in Bundlach erwachte ich plötzlich vom Ruf des Feuerhorns. Nach einer kurzen Weile begannen auch die Kirchenglocken wild und ungehörig zu gellen, ganz anders als am Sonntag, wenn sie die Gläubigen ernst und besinnlich zur Andacht riefen. In der Knechtiskammer nebenan wurde es lebendig, auch die Magd verließ ihr Bett, und alle hasteten zusammen die Treppe hinunter. Da ich nach langem, schmerzlichen Grübeln eingeschlafen war, konnte ich mich zuerst zum Aufstehen nicht entschließen und war froh, daß in der Aufregung niemand daran gedacht hatte, mich zu rufen. So blieb

ich mit ziemlich schlechtem Gewissen liegen, denn wenn Feuer ausbricht, wird jede willige Hand gebraucht. Als ich mich dann endlich dazu durchgerungen hatte, auch meinerseits meine Pflicht zu tun, hörte ich unsere Leute bereits vom Hofe gehen und verspürte nun erst recht keine Lust, den Nachzügler zu spielen. Schließlich tröstete ich mich damit, daß ich ja schließlich kein Bundlacher sei, und blieb, wo ich war.

Ich muß ziemlich schnell wieder eingeschlafen sein, denn ich erwachte davon, daß jemand mir sanft über das Haar strich. Mit einem Schauer des Glücks wurde mir bewußt, daß Rösy bei mir war. Ich riß sie in meine Arme, keines Wortes mächtig. Da sagte sie zwischen zwei Küssen:
 „Deine Frau kann und will ich nicht werden, Adrian, aber steht es nicht so aus, als wolle der Herrgott selber die Gelegenheit schaffen, mir ein einziges Mal ein wenig Glück zu stehlen? Zuerst passiert das Mißgeschick mit deinem Koffer, und jetzt holt das Feuer jede Seele aus dem Haus, und wir zwei sind ganz allein miteinander. Meinst du nicht, mein Liebster, daß wir das für einen Fingerzeig nehmen dürfen? Ingold behält mich ein ganzes Leben und du nur für eine halbe Nacht, das kann doch ein gar so großes Unrecht nicht sein. Ich muß ja davon zehren bis in meine letzte Stunde.“

Das ist unsere Geschichte. Meinert, was danach noch kam, ist bald erzählt. Ich ging in aller Frühe vom Hof, um Ingold nicht mehr zu begegnen und trotz des furchtbaren Abschiedschmerzes war ich wunderbar ruhig, denn meine Liebe hatte sich in letzter Stunde noch erfüllt und alle Bitterkeit in mir zum Schweigen gebracht. Deine Mutter habe ich danach nicht wiedergesehen, aber die Erinnerung an sie blieb viele Jahre so lebendig in mir, daß sie mir jede Lust zum Heiraten nahm. Rösy Ingold hatte in all ihrer Bescheidenheit doch im rein Menschlichen einen solchen Maßstab in mich hineingelegt, daß niemand ihm mehr standhalten wollte. Das Zusammentreffen mit ihr hat so mein ganzes späteres Leben bestimmt und nun verlanke ich ihr als letztes noch, daß ich im

reitest Mannesalter, wo das Gefühl der Vereinsamung manchmal schmerzlich werden will, einen Sohn in meine Arme schließen darf.“

Von Werth schaute mit einem wehmütigen Lächeln zu Meinert herüber und streckte die Hand nach ihm aus. Der Junge legte, auf tiefste Erschütterung, die seine hinein:
 „Ich muß noch heute dem Müdetti schreiben und ihm Abbitte tun“, sagte er mit schwankender Stimme.

„Es ist schon weit über Mitternacht!“
 „Das macht nichts, es brennt mir auf der Seele. Ich könnte anders nicht schlafen“, sagte der Junge bittend.
 „Dann tu, was du mußt, Meinert. Papier findest du hier in der Schublade. Nimm es mit hinauf in dein Zimmer. Und schlaf gut in dieser ersten Nacht unter meinem Dach!“

7. Kapitel

Als Rösy Ingold, sonntäglich gewandelt, nach dem Mittagessen das Brunnenbühl verließ, schauten ihr ihre Dienerinnen mit gemischten Gefühlen nach. Gottfried gab schließlich der allgemeinen Stimmung am treffendsten Ausdruck.

„Das arme Fraueil tut einen schweren Gang!“ sagte er mitleidig. Nach dieser Feststellung gingen sie alle mit Elfer wieder an die Arbeit, als könnten sie damit das Ihre dazu tun, diesen Weg leichter zu machen.

Im Zug setzte sich Rösy in eine stille Ecke und überließ sich ihren Gedanken. Sie hatte sonst so selten Zeit, über Geschehenes und Kommendes nachzudenken und empfand es darum als eine wahre Wohltat, in ihre widerstreitenden Gedanken und Gefühle Ordnung zu bringen. Vor dem Zusammentreffen mit Ingold hatte sie nicht eigentlich Angst. Wenn sie ruhig mit ihm sprechen konnte — wann wäre das im Brunnenbühl je möglich gewesen! —, so hatte sie neben ihrem Schuldbekanntnis auch noch anderes in die Waagschale zu werfen: ihren Verzicht auf ein Glück, das vielleicht jede andere verbüßend hätte und siebenundzwanzig Jahre treuester Pflichterfüllung, die niemand hinwegreden konnte.
 Fortsetzung folgt

Blitzlichter AUS ALLER WELT



Journalist im „Kalten Krieg“ verstorben
Der Chefreporter des „Hamburger Abendblattes“ starb, als er sich zur „friedlichen Invasion“ nach Helgoland einschiffen wollte



Der 82. US-Kongreß ist in Washington an der Arbeit
In Washington trat kürzlich der 82. Kongreß der USA zusammen. Nach seiner Wiederwahl zum Sprecher erklärte Sam Rayburn (unten rechts), daß die USA sich selbst so weit stärken müßten, daß „sich die internationalen Desperados und Despoten fürchten, unseren Weg zu kreuzen“. Dann nahmen die Debatten ihren Anfang



Immer neue Kriegsflugzeuge
Im Sturzflug braust eine einsitzige britische Jagdmaschine — mit acht Rohren für Raketen- und Geschosse — der Erde entgegen



Das ist der Winter der „anderen“
Während wir im Januar Schnee gewohnt sind, läßt man sich am Strande von Florida (USA) braun brennen und klagt über Hitze



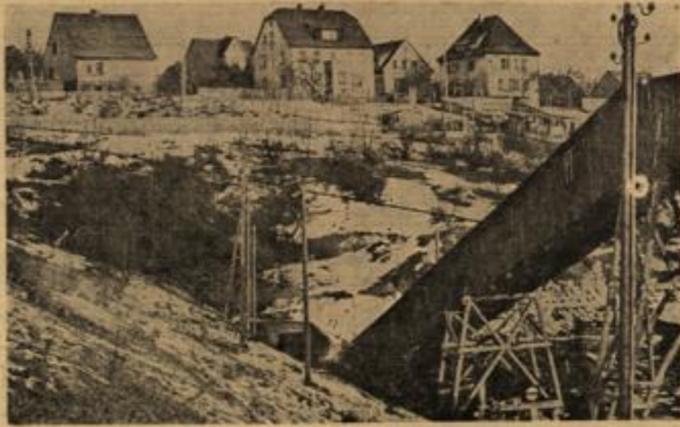
So ein Kunstwerk gelingt nur im Winter
Ein Stuttgarter Jünger der „kalten Kunst“ modellierte aus Schnee ein Vierergespann mit einem vom Friedensengel gelehnten Wagen — es ging den Weg allen Schnees



Sepp Weiler wie immer erfolgreich
Unser Bild zeigt Sepp Weiler während seines 81-m-Sprunges, mit dem er den Sieg auf der Garmischer Olympiaschanze errang



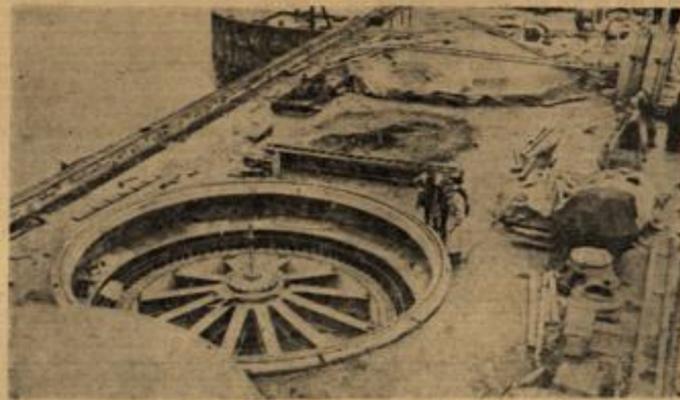
„Urahn des Schienenstranges“ reist nach London
60 Jahre lang rollte diese 1843 gebaute Lokomotive in Frankreich, Italien und Spanien. Nun reist die „Urahn“ nach London, wo sie bei Festlichkeiten gezeigt werden soll



32 Wohnhäuser sollen der Kohle weichen
In Großenenglis (Hessen) sollen 32 Häuser abgerissen werden, weil unter ihnen ein ergiebiger Kohlenfeld entdeckt wurde, das im Tagebau ausgebeutet werden soll



Rot-Chinas Volksmiliz ist eine gewaltige Streitmacht
5,5 Millionen Freiwillige sollen der Volksmiliz Rotchinas angehören. Unser Bild zeigt Milizangehörige bei einer Übung mit Waffen, die unbekanntem Ursprungs sind



Die Mosel wird Stromlieferant für das Land Rheinland-Pfalz
Bei Koblenz wurde eine Mosel-Staumtase in Betrieb genommen, deren Kraftwerk mit vier Turbinen (siehe Bild) 16 000 kW leistet. Der Strom läuft über ein 40 000-V-Kabel